

Evaluierungsfragebogen zur Reform des Widerspruchsverfahrens

- Verwaltungsgerichtsbarkeit -

Hinweise:

Bitte beantworten Sie die Fragen in einem separaten Dokument. Soweit nötig und möglich unterscheiden Sie bitte nach Rechtsgebieten.

Diejenigen Stellen, die von dem Bürokratieabbaugesetz Ostwestfalen-Lippe vom 16.3.2004 betroffen waren, sollten, soweit erforderlich, auch auf Erfahrungen aus dieser Zeit eingehen.

I.		Vorprozessualer Bereich und Klageerhebung
	1.	Formlose Anfragen von Beteiligten
		1.1 Sind im Vorfeld einer eventuellen Klageerhebung vermehrt Anfragen von Beteiligten zu verzeichnen, insbesondere hinsichtlich ihrer Rechtsschutzmöglichkeiten und der Kostenlasttragung?
		1.2 Wie wird mit diesen formlosen Anfragen umgegangen?
	2.	Erhebung der verwaltungsgerichtlichen Klage
		2.1 Wie häufig kommt es zu Klageerhebungen lediglich aus Gründen der Fristwahrung?
		2.2 Werden die Sach- und Rechtslage sowie Erfolgsaussichten von den Betroffenen vor Klageerhebung umfassend geprüft oder haben unreflektierte, wenig substantiierte Klageschriften zugenommen? Wie wird mit diesen Klagen umgegangen?
		2.3 Inwieweit sind die Betroffenen vor Gericht anwaltlich vertreten?
II.		Geschäftsfall bei den Verwaltungsgerichten
	1.	Gibt es Rechtsgebiete, in denen sich die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens auf den Geschäftsfall besonders intensiv ausgewirkt hat?

		Falls es andere Ursachen für eine eventuelle Erhöhung der Klageeingänge in den einzelnen Rechtsgebieten gibt, wird um genaue Darstellung und Angabe des Zahlenmaterials gebeten.
	2.	Hat sich die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens auf die Verfahrensdauer ausgewirkt?
	3.	Können Aussagen getroffen werden zu der Kostenentwicklung bei Gericht? Insbesondere Kosten infolge eines Personalmehrbedarfs?
	4.	Kommt es in signifikant größerem Umfang zu isolierten PKH-Anträgen?
	5.	Ergreifen die beklagten Verwaltungsstellen Möglichkeiten, Verwaltungsprozesse zu vermeiden, etwa durch Zusicherungen, um Klageerhebungen nur zur Fristwahrung nicht notwendig zu machen?
III.		Qualität der Verwaltungsarbeit
	1.	Qualität der Ausgangsbescheide
		1.1 Hat sich die Qualität der zugrundeliegenden Verwaltungsentscheidungen aus Sicht der Verwaltungsgerichtsbarkeit verändert?
		1.2 Macht es sich bemerkbar, wenn im Vorfeld Anhörungen, Informationsveranstaltungen / Anliegerversammlungen bei geplanten Straßenbaumaßnahmen u.ä. durchgeführt wurden?
		1.3 Sind Veränderungen hinsichtlich der Verständlichkeit der Begründung und der Qualität der Beratung bemerkbar?
		1.4 Gibt es bei Verwaltungsentscheidungen seit dem 1.11.2007 weniger Heilungen wegen Verletzung der Anhörungspflicht?
	2.	Kompensationsmaßnahmen der Exekutive
		2.1 Hat sich die Aufnahme von Hinweisen (mit dem Ziel außergerichtlicher Konfliktlösung) auf das Gerichtsverfahren ausgewirkt? Wenn ja, in welcher Weise?

		<p>2.2 Hat sich die bedingte Zusicherung der Zweitbescheidung (vgl. Empfehlung des Städtetags NRW, Schreiben vom 4.2.2008, Aktenzeichen 20.42.01 D, Umdruck-Nr. E 2302 zum Vollzug des Bürokratieabbaugesetzes II im Bereich der Kommunalabgaben, vgl. Kallerhoff, NWVBl. 2008, 334 (340)) auf das Gerichtsverfahren ausgewirkt?</p> <p>Wenn ja, in welcher Weise?</p>
		<p>2.3 Wie häufig kommt es vor, dass die (nach Klageerhebung erfolgte) Überprüfung durch die Behörde mit einem erneuten Bescheid endet?</p>
IV.		Verfahrensablauf
	1.	Vorbereitendes Verfahren / Schriftwechsel
		1.1 Nichtförmliche Erörterung
		Haben nichtförmliche Erörterungen, wie Telefongespräche des Berichterstatters mit Beteiligten, zugenommen?
		1.2 Tatsachenermittlung im gerichtlichen Verfahren
		<p>a) Betrifft der Streitgegenstand eher Rechts- oder Tatsachenfragen (vermeintlich falsche Würdigung der Sachlage etc.)?</p> <p>Gibt es signifikante Unterschiede bei den einzelnen Sachgebieten?</p>
		<p>b) Haben die Fälle der reinen „Tatsachenwürdigung“, die beispielsweise durch ein Nachreichen von Unterlagen etc. gelöst werden können, seit dem Wegfall des Widerspruchsverfahrens zugenommen?</p>
	2.	Mündliche Verhandlung
		Gibt es Veränderungen hinsichtlich der mündlichen Verhandlung und ggf. den Verzicht auf eine mündliche Verhandlung?
	3.	Einvernehmliche Konfliktlösung

		3.1 Nichtstreitige Beilegung des Rechtsstreits
		Kommt es in den Sachgebieten, in denen ein Vorverfahren nicht durchgeführt wird, signifikant häufiger zu einer nichtstreitigen Erledigung des Rechtsstreits?
		3.2 Außergerichtliche Konfliktlösung
		Kommt es auch nach Klageerhebung zu Kontaktaufnahmen zwischen der Behörde und den Beteiligten mit dem Ziel einer außergerichtlichen Konfliktlösung?
	4.	Mechanismen zur Reduzierung der verwaltungsgerichtlichen Klagen
		Gibt es Verfahrensweisen (etwa Musterprozessvereinbarungen) um die Anzahl der Klagen zu reduzieren oder das Gerichtsverfahren effizienter zu gestalten? Wenn ja, welche sind das?
	5.	Art der Verfahrensbeendigung
		Welche Veränderungen haben sich seit der Aussetzung des Widerspruchsverfahrens ab dem 1.11.2007 ergeben?
V.		Stellensituation
		In welcher Weise und in welchem Umfang wurden durch die Reform des Widerspruchsverfahrens Veränderungen an der Stellensituation nötig?